

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Band:** 5 (1925-1926)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Einigung  
**Autor:** Belina, Josef  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329141>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 20.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Einigung.

Von Josef Belina, Außig.

Die trennenden Momente, welche die Zersplitterung der proletarischen Klasse in Kommunisten und Sozialdemokraten veranlaßt haben, sind zweifellos objektiver und subjektiver Natur. Es wäre verfehlt, die Spaltung nur unter dem Gesichtswinkel des bösen Willens der Kommunisten zu betrachten, die die Schuld an der Zerreißung der vordem einheitlichen Arbeiterbewegung tragen, womit man für gewöhnlich bei polemischen Auseinandersetzungen das Problem für erledigt hält. Die psychologischen Wirkungen der Kriegszeit, der Revolutionsperiode in Deutschland und Oesterreich, worin auch jene der Nachfolgerstaaten eingeschlossen ist, nicht zuletzt das gewaltige Fluidum der russischen Revolution, sie haben für große Massen der Arbeiterbewegung den Anreiz zu schärferen Kampfmethoden geboten, als sie in der Sozialdemokratie üblich waren. Die objektiven Voraussetzungen der Trennung, die zunächst festzustellen sind, lagen unzweifelhaft in der ungeheuren Verelendung der Völker durch den Krieg, der plötzlich gestiegenen Machtfülle des Proletariates im Verlauf der Revolutionsbewegung, dem dadurch bewirkten Zustrom neuer Massen proletarischer Kämpfer, der in Wechselwirkung damit erzeugten Auffassung von neuerlicher Machtsteigerung und schließlich in dem sichtbaren Erfolg der neuen Taktik in Rußland. So war ein fruchtbarer Boden vorbereitet für die von der Kommunistischen Internationale verbreitete Auffassung, daß zur vollständigen Machtübernahme durch das Proletariat nur noch das Uebergreifen der russischen Revolutionsmethoden auf die übrigen Länder nötig sei. Daraus entwickelte sich die Tendenz, auf dem Wege der sozialen Weltrevolution den Sieg des Proletariates zu sichern.

Diese objektiven Voraussetzungen erfuhren indessen von Unbeginn eine Zweiteilung. Das Uebergreifen der russischen Revolution auf die übrige kapitalistische Welt war den russischen Kommunisten Mittel zum Zweck, die eigene Revolution zu sichern, dem Proletariat der übrigen Länder jedoch Selbstzweck, um damit der Verelendung zu entgehen. Es steht hier nicht zur Untersuchung, inwieweit die tatsächlichen Voraussetzungen einer Weltrevolution zuträfen, weil eine solche Betrachtung nur neuerlichen Stoff zu Differenzen bieten müßte. Fest steht indessen wohl, daß die Gründung der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen in den einzelnen Ländern nur den Zweck der Propagierung und eventuellen Durchführung der Weltrevolution verfolgte. Diese Tatsache läßt sich durch zahllose Rundgebungen erweisen, sie dürfte im übrigen wohl kaum bestritten werden.

Nach wiederholten Versuchen, das geplante Ziel zu erreichen, mußte die Kommunistische Internationale selbst anerkennen, daß heute die Weltrevolution undurchführbar ist, somit das eigentliche Ziel der kommunistischen Bewegung derzeit jeder Erfolgsmöglichkeit ermangelt.

Wieder wollen wir die Gründe des Umschwunges nicht untersuchen, da die gegenseitigen Vorwürfe weder dem Ziel noch auch dem Proletariat nützen können. Heute beschränken sich die kommunistischen Parteien auf die Erklärung, daß es nötig sei, die russische Revolution und ihre Erfolge zu sichern, andererseits radikalere Kampfmaßnahmen gegen die eigene Bourgeoisie zu unternehmen, als die Sozialdemokratie es tut.

Daß die russische Revolution keine soziale im Sinne des proletarischen Befreiungskampfes ist, dürfte heute kaum bestritten sein. Ihre inneren Erfolge gründen sich auf die Agrarreform, die dem russischen Bauern das ersehnte Land gebracht hat, und wir können den gleichen Erfolg der Stabilisierung der Machtverhältnisse auf entgegengesetzter Basis sehr wohl in Rumänien studieren. Die rumänische Oligarchie hat, um schweren sozialen Erschütterungen, die durch die bedrohliche Nähe des russischen Revolutionszentrums nicht ausgeschlossen erschienen, vorzubeugen, ebenfalls sofort in den Revolutionstagen 1918 und 1919 eine überhastete Agrarreform durchgeführt, auf Grund deren die Bauern Land erhielten, und heute ist die Macht der Bojaren weder durch eine kommunistische noch durch eine sozialistische Bewegung auch nur im geringsten gefährdet. Der Mißerfolg aller konterrevolutionären Bewegungen in Rußland ist nicht darauf zurückzuführen, daß der Kommunismus so fest verankert ist, er ist auch nicht allein der Erfolg der zweifellos glänzend ausgebauten Roten Armee. Dem russischen Bauern ist Monarchie oder Sowjetrepublik gleichgültig, die Hauptsache ist ihm sein Land. Da nun der Begriff der Monarchie eng verbunden ist mit der zügellosen Landanhäufung durch den Adel und damit mit der zwangsweisen Enteignung der Bauern, die Sowjetrepublik dagegen mit der Landaufteilung, ergab sich für den Bauern aus egoistischen, dem kommunistischen Prinzip diametral entgegengesetzten Gründen die zwingende Konsequenz, im Interesse seiner Landerhaltung für die Sowjetrepublik einzutreten. Es ist wohl klar, daß ein derart auf grundsätzlich verschiedenartige Auffassungen aufgebautes Wirtschaftssystem sich nicht in dem von den kommunistischen Akteuren gewünschten, sondern in dem von den tatsächlichen Machtinhabern, den Bauern, erzwungenen Sinne entwickeln wird. Rußland geht einer Periode kapitalistischer Entfaltung entgegen, die in einem Kampfe zwischen Agrar- und Industriekapitalismus münden wird. Die eigentliche Aufgabe der Sowjetmacht besteht darin, den Boden für den hieraus sich entwickelnden sozialen Befreiungskampf des Proletariates vorzubereiten. Die Vorbereitung muß bestehen in einer Förderung des Industriekapitals unter gleichzeitiger Sicherung grundlegender Rechte der Arbeiter, in der allmählichen Ueberwindung des egoistischen Besitzprinzipes der Bauern durch die Schaffung von Genossenschaften, sodann in einer allgemeinen Erziehung und Aufklärung des Volkes, insbesondere aber der Jugend im Sinne des Kollektivismus.

Diese, der inneren Entwicklung der Revolution entspringenden Aufgaben können durch Einflüsse von außen in keiner Weise gefördert werden. Die äußere Gefahr der Bedrohung der Sowjetmacht durch

den Zugriff kapitalistischer Mächte wurde gebannt durch den Mißerfolg aller kostspieligen gegenrevolutionären Bewegungen und sie wird es immer mehr, je tiefer die kapitalistische Welt die Entwicklungstendenzen der modernen russischen Wirtschaft erkennt. Das internationale Kapital hat viel früher als die Arbeiterschaft erkannt, daß ihm von Rußland wirkliche Gefahr im Sinne einer sozialistischen Bewegung nicht droht, der Abschluß von Verträgen aller Art zeugt nicht nur von wirtschaftlichem Interesse an der Ausbeutung Rußlands, sondern auch von der politischen Erkenntnis der Wandlung der Dinge. Damit ist aber auch die erste objektive Voraussetzung des Zweckes der kommunistischen Bewegung gefallen. Die russische Revolution kann nur durch die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte Rußlands gefördert werden, eine Stützung von außen kann sich nur auf geistiges Erfassen und Mitarbeiten an dieser Förderung, keineswegs in irgend welchen Gewalttaten auswirken.

Das zweite Ziel der kommunistischen Bewegung war der Schutz der Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes vor der steigenden Verelendung, an der nach kommunistischer Auffassung die Sozialdemokratie durch ihre allzu entgegenkommende Haltung gegenüber der Bourgeoisie nicht unschuldig war. Die Wurzeln der russischen Revolution lagen in dem Landhunger des Bauern, in der geringen Widerstandskraft des kaum existierenden Bürgertums, und die eigentlichen Achtehaber, die dem Hochadel angehörenden Feudalherren, wurden gemeinsam mit der Monarchie durch den politischen Umschwung ihrer Macht beraubt. Dazu kam das mangelnde Selbstbewußtsein der bisher unterdrückten Volksklassen, insbesondere der Kleinbauern, die den Druck einer neuen Diktatur gerne um den Preis des ihnen gegebenen Landes ertrugen. Diese Voraussetzungen waren in anderen Ländern nicht gegeben. Rußland hatte eine einzigartige Situation für die Revolution und es war ein Grundfehler, anzunehmen, daß sich die Erfolge dieser Situation auch unter anderen Verhältnissen zeigen würden. Es genügt, auf die ungeheure, nie gebrochene Macht der Schwerindustrie und der Finanzaristokratie zu verweisen, die durch die Revolution zwar eingeschüchtert, jedoch nicht beseitigt werden konnte. In Rußland brachte die politische Revolution die wirtschaftliche automatisch mit sich, da die Träger der politischen Macht auch gleichzeitig jene der wirtschaftlichen waren. In den anderen Staaten brachte die Revolution politisch die Beseitigung des alten Systems ebenso wie in Rußland, ohne daß das Wirtschaftssystem erschüttert worden wäre, weil seine Wurzeln ganz anderer Art waren.

Die Politik der Sozialdemokratie als der Partei des marxistisch orientierten, sohin dialektisch denkenden Proletariates, mußte im Weltmaßstabe mit diesen Verhältnissen rechnen. Daß der Blick auf die Gegenwart oft das Urteil für die Zukunft trübte, daß der Kampf gegen den linken Flügel die Bewegung allzu oft mehr nach rechts trieb, als den Interessen des Proletariates förderlich war, ist nicht zu verschweigen. Im Wesen hatte diese Politik jedoch recht. Die Machtverhältnisse sind heute gewaltigen Schwankungen unterworfen.

Während vor dem Kriege die Arbeiterschaft eine zwar hoffnungsvolle, aber doch eben eine Minderheit war, mit der das Bürgertum nur politisch, mit Ausnahme von Lohnkämpfen und Kämpfen um den unmittelbaren Schutz des Arbeiters, wirtschaftlich kaum zu rechnen hatte, ist heute in einer Reihe von Staaten die Frage der politischen Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf der Waagschale, mit der gesteigerten politischen Bedeutung auch das Uebergreifen des Proletariates in früher unantastbare wirtschaftliche Sphären gegeben. Die Arbeiterschaft ist noch zu schwach, die Macht zu ergreifen, sie ist indessen zu stark, nur in der Opposition zu verharren. Am deutlichsten sehen wir diese Entwicklung in Oesterreich, teilweise auch in Deutschland. Die österreichische Sozialdemokratie steht in der Opposition, gegen ihren Willen kann kein Gesetz beschlossen werden, sie kann indessen auch gegen den Willen der Christlichsozialen kein Gesetz erzwingen. Daraus resultiert trotz der Opposition die Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern und die eindeutigere Lösung des Problems gegenüber der oft haltlosen Politik der reichsdeutschen Sozialdemokratie entspringt nur den klareren politischen Verhältnissen in Oesterreich, wo die zwei Lager des Kapitalismus und des Proletariates auch politisch scharf umgrenzt gegeneinander stehen. In Deutschland und in der Tschechoslowakei, in neuerer Zeit wohl auch in Belgien, wird die klare Stellungnahme getrübt durch nationale und konfessionelle Differenzen, die eine offene sozialistische Stellungnahme verhindern und sich dann in irgendeiner Form, meist in staatserkhaltendem Sinne, äußern. Zwischenhinein spielt das Verhältnis zum Staat, das nicht überall eindeutig geklärt ist und mit der gesteigerten Machtfülle sich meist im Sinne größerer Verantwortlichkeit dem Staate gegenüber auswirkt. Ein deutlicher Beweis hiefür ist die Bildung des Volksblocks in Deutschland, bei der die Sozialdemokratie mitwirkte, die erst mittelbar den Interessen des Proletariates dient, unmittelbar jedoch der Erhaltung der republikanischen Staatsform. Hier und in der Tschechoslowakei wird ebenfalls noch eine gewisse Zeit vergehen, bis es möglich ist, rein proletarische Politik zu betreiben. In den übrigen Staaten jedoch — und hier sind wohl vor allem Oesterreich, England, Belgien, die skandinavischen Staaten und die Schweiz zu nennen — geht die Entwicklung im Sinne einer Zuspitzung der Klassenfronten vor sich. Das Bürgertum vereinigt sich, unbeschadet seiner sonstigen konfessionellen und sogar wirtschaftlichen Gegensätze, die sich insbesondere zwischen Industrie- und Agrarkapital auswirken. Das Bürgertum stellt Sonderinteressen zurück gegenüber dem einen gemeinsamen Ziel der Erhaltung seiner allgemeinen Besitzrechte und letzten Endes seines Wirtschaftssystems.

Daraus folgert wohl mit zwingender Konsequenz, daß das zweite Ziel der kommunistischen Bewegung, die Hinderung der Verelendung und die schließliche Befreiung des Proletariates nur erreicht werden kann, wenn alle proletarischen Kräfte zusammenwirken. Es ist nicht möglich, durch eine gewisse führende Oberschicht die Befreiung zu erzwingen. Sie kann nur der Enderfolg eines organisierten Kampfes

aller unterdrückten Schichten sein. Die radikalere Taktik wurzelt ihrerseits im Machtbewußtsein der Arbeiterschaft. Je eher die Arbeiter in der Lage sind, die Voraussetzung ihres weiteren Kampfes, die Republik, allein zu sichern, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, desto unnötiger wird die Annäherung an den republikanisch gesinnten Klassenfeind. Mit der Stärkung der proletarischen Macht erlischt die Notwendigkeit der Koalition mit dem Gegner.

So erweist es sich, daß, nachdem die russische Revolution der Stützung durch die Weltrevolution nicht mehr bedarf, die offene Revolution in den übrigen Staaten auch nach kommunistischem Zeugnis derzeit nicht möglich ist, die objektiven Ziele der kommunistischen Bewegung nur durch die Vereinigung der proletarischen Macht erreicht werden können. Damit sind aber auch die objektiven Voraussetzungen der Einigung der beiden Lager bereits gegeben. Es trennt sie nichts mehr als der subjektive Machtwille einzelner Führer der kommunistischen Bewegung, ebenso vielleicht der mangelnde Mut, einen begangenen Fehler einzugestehen. Die Brücke indessen sollte nicht so schwer zu finden sein, wenn eine genügende Objektivität beiderseits zu verzeichnen sein wird. Man kann den Kommunisten ohne weiteres zugestehen, daß sie bona fide gehandelt haben, daß nicht böser Wille, sondern eine grundsätzlich verschiedene Beurteilung der Weltpositionen des Proletariates der Beweggrund ihres Handelns war. Heute ist zweifelsfrei eine Klärung dieser Beurteilung erfolgt, grundsätzlich bestehen hierüber auf beiden Seiten keine Differenzen mehr. Es wäre vonnöten, daß eine einseitige, gehässige Polemik von beiden Seiten unterbliebe, damit die Arbeiterschaft auf die wirklichen Wurzeln der Differenzen aufmerksam gemacht wird und erkennt, daß sie ihre Bedeutung verloren haben, daß die sachlichen Unterschiede nur mehr atavistisch anmutenden persönlichen Differenzmomenten gewichen sind.

---

## Aus der sozialistischen Jugendbewegung.

Von Paul Grimm.

Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz ist in steter Entwicklung begriffen, wenn das Tempo auch etwas langsam anmuten mag. Das Schwierigste ist überstanden. Es scheint, daß man in den weitesten Kreisen der Partei wieder nach und nach das Zutrauen für eine sozialistische Jugendbewegung bekommt.

Bevor ich auf die letzten Phasen der Entwicklung eintrete, wollen wir etwas zurückgreifen. 1922 war es, als nicht weniger als sechs Genossen sich über die Jugendbewegung und ihr Verhältnis zur Partei in der „Roten Revue“ äußerten. Dazu kam noch Genosse Heeb von der Redaktion. Wir werden dann an Hand der seitherigen Entwicklung zeigen, wie weit die einzelnen Genossen recht hatten.

Es war der Genosse Reithaar, der in richtiger Weise darauf hinwies, daß die sozialdemokratische Partei als Zukunftspartei alle Ursache habe, der Organisation der arbeitenden Jugend größere Auf-